

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 $\frac{1}{2}$ Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 $\frac{1}{4}$ Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Expediteuren incl. Botenlohn 8 Sgr., in der Expedition, Taubenstraße Nr. 27, 4 $\frac{1}{2}$ Sgr. Inzerate die Zeile 2 Sgr.

Die nächsten Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus.

Ein wackerer Mann hat uns neulich gerathen, wir sollten uns um all den Lärm nicht kümmern, der nun schon seit vielen Wochen in regierungsfreundlichen Blättern und in dem Schriftwechsel der Regierungen gemacht wird. Denn, sagte er, es kann ja doch kein Mensch wissen, was dabei herauskommt, und ob nicht doch am Ende Alles ohne weitere Folgen in die Luft verpufft, wie die Schwärmer und Raketen bei einem Luftseuwerk. Mag der Graf Bismarck auch zehn Mal verlangen, daß die deutschen Fürsten unserer preussischen Regierung das Kommando über die Kriegsmacht von Mecklenburg und Hannover, von Sachsen und Braunschweig und Hessen und von allen übrigen kleinen Staaten, wenigstens in nördlichen Deutschland, übertragen sollen, so werden sie das doch nun und nimmermehr thun, so lange das deutsche Volk selbst sie nicht dazu und noch zu etwas Mehrerem nöthigt. Und das deutsche Volk außerhalb Preußens wird seine Fürsten nicht dazu nöthigen, so lange Graf Bismarck seinen Platz nicht einem liberalen Ministerium einräumt, das will sagen: einem Ministerium, welches mit der preussischen Verfassung und mit den Rechten des preussischen Volkes in dem Sinne Ernst macht, wie wir dieselben verstehen. Das allgemeine gleiche Wahlrecht, das die preussische Regierung jetzt so bereitwillig anbietet, wird ihr auch keine Seele in Deutschland gewinnen, so lange die jetzige Regierungsweise in Preußen fortdauert. Wer sollte auch etwas darauf geben, so lange die angeblich konservativen Verehrer des Ministerpräsidenten in die Welt hineinrufen, daß man das neugeplante vollstehämliche Wahlgesetz nur „geschickt handhaben“ dürfe, um mit Hülfe desselben ein Parlament zu Stande zu bringen, wie man es wünscht. Jeder Deutsche denkt dabei natürlich an nichts Anderes als an die Künste, mit denen der jetzige Napoleon das allgemeine Stimmrecht zum Werkzeug eines Regierungssystems gemacht hat, das an Härte Alles übertrifft, was wir in Deutschland bis jetzt erlebt haben.

Wir glauben nicht, daß unser Freund uns mit Recht ermahnt, daß wir um alle diese Dinge uns gar nicht kümmern sollen. Denn es sind Dinge, die jeden von uns sehr nahe angehen. Wenn sie auch sicherlich nicht so ablaufen werden, wie der Graf Bismarck oder unsere Konservativen es sich vorstellen, so müssen doch auch wir nach unseren Kräften dafür sorgen, daß sie nicht in anderer Weise zum Schlimmen, sondern daß sie zum Guten für uns ausfallen.

Dagegen hat unser Freund vollkommen Recht, wenn er es als die Hauptsache bezeichnet, daß wir uns recht ernstlich um die über kurz oder lang bevorstehenden Wahlen kümmern.

Er sagt: „Die neuen Wahlen zum Abgeordnetenhaus können zwischen heute und dem Monat Oktober alle Tage angeordnet werden. Das Einzige worauf das preussische Volk jetzt zu sinnen, und woran es mit allen Kräften zu arbeiten hat, ist, daß es bei diesen hochwichtigen Wahlen überall solche Männer wählt, die der Reaction den Daumen auf das Auge drücken.“

Wir müssen wohl bedenken, daß der Ausfall der Wahlen dies Mal noch viel mehr entscheidend wird, als bisher. Die bisherigen Wahlen haben allerdings dem preussischen Volke großen Nutzen und noch größere Ehre gebracht. Sie haben bewiesen, daß die preussischen Männer treu und fest an ihrem Rechte und an dem Rechte des Landes halten, und daß es unter ihnen nur herzlich wenig Schwachköpfe giebt, die durch Drohungen oder Verprechungen sich verführen lassen, gegen ihre Ueberzeugung und gegen ihr Gewissen für die zu stimmen, die des Volkes Rechte nicht fördern wollen.

Doch für die nächsten Wahlen steht noch ein viel höherer Preis in Aussicht, aber — auch die schwerste Niederlage für die Sache des Volkes und das schwerste Unheil für das Land, wenn wir träge oder feig genug sein könnten, um gerade jetzt den Segnern den Wahlsieg in die Hände zu spielen.

Die Sache steht nämlich so: die Minister sind endlich durch die Art und Weise, wie sie seit vier Jahren das Land regieren, in die allerschlimmste Verlegenheit

gerathen. Sie können auf ihren bisherigen Wegen nicht mehr vorwärts kommen, weder in der inneren Verwaltung und noch weniger in ihrer auswärtigen Politik. Wollen sie auf ihrem Platz sich behaupten, so brauchen sie Geld, sehr viel Geld. Sie müssen also nothwendig ein Abgeordnetenhaus haben, das ihnen neue Anleihen auf unsere Kosten und dazu noch neue Steuern bewilligt. Das wäre zugleich ein Abgeordnetenhaus, das alle Rechte des Landes, an denen unsere jetzigen Abgeordneten erbtlich und tapfer festgehalten haben, gerade so aufzuheben würde, wie es den jetzigen Ministern gefiele. Ein solches Abgeordnetenhaus würde vielleicht auf jede nützliche und nothwendige Verbesserung der Geseze verzichten, es würde die alte Kreisordnung nebst der gutsherzlichen Polizei auf das Sorgfältigste erhalten wollen, vielleicht auch unsere Landstraßen und Kanäle und unsere Schulen immer mehr verfallen lassen. Ein solches Abgeordnetenhaus würde wahrscheinlich bei allen fruchtbringenden Ausgaben sparsam sein wie ein Geizhals, bei den Ausgaben für Militär und Polizei aber freigebig wie ein Verschwender.

Sold ein Abgeordnetenhaus würden wir sicherlich bekommen, wenn wir die Hände in den Schoos legen wollten, Katt mit raffinem Eifer, statt mit doppelter und dreifacher Thätigkeit für die bevorstehenden Wahlen zu wirken. Thun wir dagegen unsere Schuldigkeit, dann ist uns der Sieg bei den Wahlen gewiß und mit dem Siege auch der Preis des Sieges.

Das scheint nämlich gewiß, daß bei uns in Preußen ein Systemwechsel eintreten wird, wenn die Wahlen nun auch zum vierten Male so ausfallen, wie sie seit dem Jahre 1861 immer ausgefallen sind. Wenn dann nicht Dinge geschehen, die wir als rechtsschaffene Leute für unmöglich halten müssen, ehe sie nicht wirklich geschehen sind, so wird dann an die Stelle des jetzigen Ministeriums ein freisinniges Ministerium eintreten. Ein solches Ministerium wird nothwendig die Verfassung und die Geseze des Landes so handhaben, wie sie nach unserem Verständnis schlechterdings gehandhabt werden müssen. Damit wird es endlich den Frieden im Lande wiederherstellen. Und wenn dann die Feinde Preußens und unseres deutschen Vaterlandes, mögen es die Franzosen oder die Russen oder die Oesterreicher sein, dennoch unser gutes Recht antasteten sollten, dann haben sie es nicht mit uns Preußen allein, dann haben sie es mit dem ganzen großen deutschen Volke zu thun. Es wird ihnen dann heimgeleuchtet werden, wie vor mehr als fünfzig Jahren das freisinnige und durch Eintracht zwischen Volk und Regierung wieder stark gewordene Preußen dem Oheim des jetzigen Kaisers Napoleon, trotz seines Bündnisses mit den Königen von Baiern, von Württemberg, von Sachsen und den anderen Rheinbundfürsten, schon einmal heimgeleuchtet hat.

Darum hat unser Freund ganz recht, wenn er uns ermahnt, daß wir unsere ganze Kraft und allen unseren Eifer schon jetzt auf die Vorbereitungen zu den Wahlen, und, wenn die Zeit da ist, auf die Wahlen selbst verwenden sollen.

Politische Wochenschau.

Preußen. Die Erwartung, ob uns die nächste Zukunft Krieg oder Frieden bringen wird, nimmt doch immer vorwiegend die Aufmerksamkeit in Anspruch. Wir haben in unserer letzten Wochenschau mitgetheilt, daß sich Oesterreich und Preußen vereinbart hätten, ihre Rüstungen zurückzunehmen, und daß somit augenblicklich ein Ruhepunkt eingetreten sei. Das hat jedoch nicht lange gedauert. Oesterreich gab an, von Stalten im Süden bedroht zu sein, und begann in Venetien so bedeutende Rüstungen, daß die preussische Regierung bei der Leichtgläubigkeit, mit welcher jetzt die Kommunikationsmittel den Transport großer Truppenmassen auf weite Strecken gestatten, die Ansicht aussprach, sie könne demgegenüber ihre Rüstungen nicht entstellen, und man spricht sogar davon, daß dieselben in den nächsten Tagen eine sehr bedeutende Ausdehnung erfahren sollen.

Außer von Oesterreich hat Preußen auch von Sachsen auf ganz entscheidende Weise die Zurücknahme der Rüstungen verlangt, doch soll das sächsische Ministerium nur ausweichend geantwortet haben, so daß man in officiösen Kreisen sogar schon von Zwangsmitteln gegen Sachsen spricht.

Nach den neuesten Nachrichten hat Oesterreich jetzt endlich Vorschläge zur Lösung der schleswig-holsteinischen Frage gemacht, welche jedoch bei weitem nicht an die Forderungen Preußens heranreichen, und deshalb auch von dem diesseitigen Kabinet abgelehnt sein sollen.

Was die deutsche Bundesreformfrage anbelangt, so hat der Bundestag in Frankfurt einen Ausschuss gewählt, welcher den preussischen Antrag auf Einberufung eines deutschen Parlamentes berathen soll. Natürlich wollten die übrigen Bundesmitglieder vor allem wissen, welche Vorschläge Preußen zu einer Bundesreform machen will; auf die besagliche Anfrage hat Preußen mit einem Irrthum geantwortet, in welchem hervorgehoben wird, daß der Bundes-Ausschuss in Frankfurt allein zu dem Zwecke gewählt sei, um über den preussischen Antrag wegen Berufung einer deutschen Vertretung einen Beschluß am Bunde vorzubereiten. Mit der Ablehnung dieser Kardinalfrage wäre der preussische Reformantrag überhaupt verworfen; denn eine Verständigung der Regierungen über die Reformanträge Preußens, bevor die Berufung der Vertretung beschlossen sei, wäre nach den bisherigen Erfahrungen doch wohl nicht zu erwarten. Daß zugleich die allgemeinen Unruhen und die Richtung des preussischen Projekts den Regierungen mitgetheilt werden, sei dabei nicht ausgeschlossen, und wird Preußen auch in den Aussprachungen die Gebiete des Staatslebens bezeichnen können, auf welche sich seine Vorschläge erstrecken werden.

Wir glauben nicht, daß die übrigen Staaten sich bei dieser Antwort beruhigen werden, sie verlangen eine bestimmte Vorlage, ehe sie sich in weitere Beratungen einlassen, und so scheint die deutsche Frage wieder ins Stocken gerathen zu sein. Mittlerweile bringen auswärtsige Blätter den angeleglichen Text des **preussischen Bundesreformentwurfs**. Wenn wir auch an der Richtigkeit der Mittheilung sehr große Zweifel hegen, so lassen wir sie doch hier folgen:

1) Ein Parlament soll auf Grundlage des allgemeinen Stimmrechtes, aber mit Beschränkung der Wahlbarkeit der Abgeordneten, gebildet werden;

2) Eine Exekutivgewalt soll gebildet werden, worin Oesterreich, Preußen und Baiern allein ein präponerirender Einfluß zustände;

3) Deutschland soll in drei Kriegszgruppen getheilt werden, die von Oesterreich, Preußen und Baiern gebildet werden;

4) Preußen und Baiern werden den Oberbefehl über die

Streitkräfte der Staaten erhalten, welche die zwei letzteren Gruppen bilden; Preußen wird zugleich den Oberbefehl über die unerschöpflich zu bildende Bundesflotte erhalten;

5) Der Bund hört auf, Oesterreichs Befehlungen zu garantiren, vorbehaltlich eines darüber zu treffenden weiteren Einverständnisses;

6) Dem Parlamente steht die Votirung des Kontingentes, der Subsidien für Heer und Flotte, und der auf den ganzen Bund anwendbaren Gesetze zu;

7) Endlich wird die diplomatische Leitung ausschließlich Preußen zugestanden, „welches jedoch den verschiedenen Staaten die Berechtigung ließe, ihre respektiven Konsuln zu ernennen“.

Augenblicklich willt der ehemalige badische Minister, Herr v. Roggenbach in Berlin, wo er vielfach mit dem Grafen Bismarck verkehrt. Herr v. Roggenbach ist in der deutschen Frage gemäßigter ein Anhänger der Bismarckschen Pläne, und wird ihm daher wohl bei der Durchführung derselben eine hervorragende Stellung zugeacht sein. Da Herr v. Roggenbach sonst der liberalen Partei angehört, so hat man von einigen Seiten an seine Anwesenheit die Hoffnung auf eine schnelle Wendung in unserer inneren Politik geknüpft, doch beruhen alle darüber umlaufenden Gerüchte nur auf Vermuthungen, ohne daß eines derselben auch nur die geringste Wahrscheinlichkeit für sich hätte.

Bekanntlich finden sich im Schooße der preussischen Liberalen aus Personen, welche die Ansichten des Herrn von Roggenbach theilen, und meinen, man könne dem Grafen Bismarck auswärtige Politik unterstügen, und dabei gleichzeitig sein entgegenstehender Gegner in allen inneren Fragen sein. Unsere Leser wissen, daß wir von der auswärtigen Politik des Grafen Bismarck kein Heil für Preußen erwarten, und sie deshalb nicht unterstügen, aber wir wollen doch darauf aufmerksam machen, daß, während die Anreizparole, welcher man im Fortschrittstages so häufig begegnet, Herrn v. Bismarck mächtig in seinem Vergehen gegen Oesterreich und den deutschen Bund bestärkt, also wesentlich zu dem preussisch-österreichischen Konflikt beigetragen haben dürfte, sie auch den innern Konflikt hinausziehen zu helfen droht, da doch mindestens so viel feststeht, daß die innere und äußere Politik des Herrn Ministerpräsidenten ein ungetrenntes und untrennbares Ganze ist, welches, in einem Theile unterstügt, durchgängig gefördert wird. **Graf v. Bismarck ist derselbe im preussischen Abgeordnetenhaus, wie vor dem deutschen Bund und im Auslande,** und es verrieth große Kurzsichtigkeit, zwischen Zweien wählen und dem Einen als Verdienst anrechnen zu wollen, was man dem Andern als Schuld vorwirft.

Mit der Gesundheit des Grafen Bismarck geht es jetzt wieder bedeutend besser, doch wollen seine Freunde bemerkt haben, daß er während seiner letzten Krankheit bedeutend gestalter hat.

Baden. In der ersten Kammer hat die liberale Partei einen höchst sornlichen Angriff gegen den Minister Raney gemacht, welchen sie des Verfassungsbruches anklagen wollte. Die Sache hat weiter keinen Erfolg gehabt, als daß viele Laufend Bürger von Karlsruhe dem verehrten Minister einen plaudernden Festzettel gebracht haben und daß ihm von allen Seiten Anerkennungsbriefen zugehen.

Oesterreich. Der Kaiserthum bereitet sich offenbar auf die Möglichkeit eines großen Krieges vor. Er bereitet seine militärischen Rüstungen mit großem Eifer und sucht auch auf alle mögliche Weise sich Geldmittel zu verschaffen. — Die Ausföhrung mit Ungarn ist in den letzten Wochen nicht vorwärts gekommen.

Italien. In Folge der Rüstungen, welche Oesterreich in Venetien vorgenommen hat, hat jetzt auch das Königreich Italien angefangen, sich ernstlich auf einen Krieg vorzubereiten. Die Kammer hat der Regierung zu diesem Zwecke die nöthigen Geldmittel zur Verfügung gestellt. Das Ministerium kann dabei mit Sicherheit auf die Unterstützung aller Parteien im Lande rechnen, wenigstens bezüglich die Nachrichten aus allen Provinzen des Landes, daß der Ausruf zu den Waffen sowohl von der Bevölkerung wie von der Armee mit Begeisterung aufgenommen ist. In Neapel haben große Demonstrationen zu Gunsten der Rüstungen stattgefunden.

England. Die Reformbill, welche ungefähr 200,000 Menschen das Wahlrecht giebt, ist vom Parlament in zweiter Lesung angenommen worden.

Auswanderung auf Vorschuß.

Wir haben schon früher auf die Gefahren hingewiesen, in welche sich deutsche Auswanderer begeben, wenn sie sich zum willkürlichen Verzug der amerikanischen Auswanderungsagenturen machen. Trotzdem glauben wir, daß eine solche Warnung nicht oft genug wiederholt werden kann, da leider die Agenten jener Kompagnie noch immer zahlreiche Opfer finden. Wir bringen daher nachfolgenden Artikel, welchen das neueste Amtsblatt enthält, zur Kenntniß unserer Leser:

Seit einiger Zeit werden die Nordamerikaner-Arbeiter sowohl für den Betrieb der Industrie in den Nord-Staaten, als auch zum Betrieb der Plantagenwirtschaft in den Süd-Staaten. Diese Verschleppung und brutale Ausnützung deutscher Auswanderer, die durch das nordamerikanische Gesetz vom 4. Juli 1864 bequämlicht wird, zu verhindern, fordert die Humanität, gebietet die Ehre der Nation. Eine Gesellschaft mit einem Aktien-Kapital von 1,000,000 Dollars, die American Emigrant Company, will die nordamerikanischen Industriellen mit Lohn-Arbeitern versorgen. Diejenigen, welche Arbeiter bedürfen, werden aufgefordert, sich an die genannte Gesellschaft zu wenden. Die Kosten für den Import der Arbeiter und ihren Transport bis an Ort und Stelle bezahlt zunächst der Arbeitgeber, indessen müssen sich die Auswanderer bei ihrer Einschiffung verpflichten, diese Summe, die ihnen als Vorschuß angerechnet wird, bei ihrem zukünftigen Brodberne in Tagelohn abzarbeiten. Auf diese Weise bedient die American Emigrant Company dem Arbeitermangel in einigen Gegenden der Vereinigten Staaten abzuhelfen, in letzter Instanz aber darauf hinzuwirken, daß die amerikanische Industrie in die günstige Lage versetzt werde, den inländischen Bedarf zu decken, so, daß dadurch schließlich alle europäischen Fabrikate von den amerikanischen Märkten verdrängt werden. Abgesehen davon, daß diese Bestrebungen die Interessen der Länder, welche Exportartikel erzeugen, empfindlich verletzen, rufen sie auch bei allen denen, welche die Geschichte der Kolonisation kennen, die erste Befürchtung hervor, daß Wohl des geworbenen Auswanderers werde durch diese Abmachungen gefördert. Bei unzureichender Kenntniß der geographischen Verhältnisse kann derselbe auf diese Weise nach Gegenden veretzt werden, wo er seine Kräfte und Fähigkeiten verhältnißmäßig nur niedrig zu verwerthen vermag, bei alledem aber noch gezwungen ist, die bedeutenden Spesen für eine weite Reise selbst zu tragen. Gesellschaften, welche unter ähnlichen Bedingungen den Plantagenbesitzern europäische Arbeiter liefern, haben sich kürzlich auch in den mittleren und südlichen Staaten der nordamerikanischen Union gebildet: „Die Agentur für weiße Arbeit“ in Montgomery im Staate Alabama, die Agentur von Knoy und Smith in Alexandria im Staate Virginien u. a. m. Das Loos derselben, welche sich verbindlich machen, den Reisekostenverschuß

auf den Plantagen der heißen Länder der Vereinigten Staaten arbeitslos, ist höchst beklagenswerth. Unsere unzulänglichen und mittellosen Arbeiterfamilien werden in diesem Falle in vieler Beziehung noch schlechter, als die Sklaven behandelt. Daß diese Beklückung sehr begründet ist, geht am deutlichsten daraus hervor, daß selbst die nordamerikanische Regierung, der doch an der Erlangung von Arbeitskräften für diejenigen Gebiete, welche an Bevölkerungsangel leiden, sehr viel gelegen sein muß, amtlich und wiederholt vor Eingehung dergleicher Verträge gewarnt hat. Dringende Mäßigkeit ist es daher auch diesseits, Auswanderungslüste und solche, die der Verführung zur Auswanderung ausgeföhrt sind, zu bestimmen, auf solche Bedingungen hin nun und nimmermehr nach den Vereinigten Staaten auszuwandern.

Der Patriotismus der sogenannten Konserverativen.

Fast jeden Tag begehen wir in den Zeitungen, welche die sogenannten konserverativen Interessen vertheidigen, Artikeln, die der gesammten liberalen Partei Mangel an Patriotismus vorwerfen, weil sie nicht in das Kriegsgeschrei einstimmt. Isonden verständigterweise fragt: Was will man mit dem Kriege erreichen, und liegen die Dinge so, daß ein Krieg mit Aussicht auf Erfolg unternommen werden kann? Das soll aber nach Ansicht jener Herren nicht gefragt werden, man soll einfach schreien: Krieg! Krieg! Krieg! um als guter Patriot zu gelten. Daß das preussische Volk eine so große politische Reife erreicht hat, daß es dies nicht thut, daß es wissen will, wofür es sein Blut verpreisen soll und daß es auch wissen will, ob es damit wirklich etwas erreicht, das muß jeden Volkstfreund mit großer Genugthuung erfüllen, und man sollte solche Kundgebungen des politischen Verständnisses und des rigen Interesses zu befördern suchen, und wenn diese Kundgebungen nicht in dem Sinne erfolgen, wie man sie wünscht, durch Gründe eine andere Meinung zu erzeugen suchen. Dem ist leider nicht so; die Herren, welche die Kundgebungen des Volkes vertammten, haben diesen Kundgebungen nur das Eine entgegenzusetzen: Wir sind gute Patrioten, und wer nicht unserer Ansicht ist, der zeigt einen bedauerlichen Mangel an Patriotismus.

Wir brauchen unsere Lehren wohl nicht auseinanderzusetzen, daß dem nicht so ist, aber wir wollen doch einmal sehen, wie der Patriotismus beschaffen ist, den jene Herren für sich allein in Anspruch nehmen.

Wir nennen Patriotismus das Gefühl, welches uns dazu treibt, bei jeder öffentlichen Handlung, bei jedem öffentlichen Auftreten die Frage, ob dieses Thun und selbst zum Vortheil oder Nachtheil gereichen könne, hintenan zu setzen, und zuerst zu fragen: Gereicht mein Thun meinem Vaterlande zum Nutzen? Dies muß natürlich auch geschehen, wenn man sich über die Frage entscheiden will, ob man in das Kriegsgeschrei mit einstimmen soll oder ob man seine Stimme erheben soll, um zum Frieden zu mahnen. Thun das nun jene, welche nach Krieg schreien? Wir glauben diese Frage mit Nein beantworten zu müssen, denn wenn sie es thun, so müssen sie sich doch zuerst fragen: Ist Preußen mächtig genug, um die deutsche Frage zu lösen?

Das ist leicht mit Ja beantwortet, aber dieses Ja ist schwer zu begründen. Schon einmal hat Preußen vor hiezigem Jahren versucht, die deutsche Frage zu lösen, nämlich im Jahre 1849, nachdem die Kaiserkrone, welche die Erbwählten des Volkes dem Könige von Preußen angetragen hatten,

zurückgewiesen war. Wie lagen die Verhältnisse damals? Preußen hatte seine Truppen in Baden, in Sachsen und in Schleswig-Holstein stehen, dieselben hatten dort fest und waren so zu sagen, die alleinigen Herren jener Länder. Oesterreich, welches Einspruch erheben konnte gegen die Einigung Deutschlands unter Preußen, war getrocknet und erschöpft durch einen verwerflichen Kampf um die Krone des Kaiserstaates. Man wird uns zugestehen, daß diese Lage der Dinge eine für Preußen ungewöhnlich günstige war, und dennoch gelang dem preussischen Ministerium das begonnene Werk nicht, und zwar gelang es nicht, weil, wie wir hier gleich bemerken wollen, es nicht eins war mit dem Volk, weil es einer Richtung haltigte, welche nicht im Einklang stand mit der Entwicklung des preussischen Staats.

Sieht nun heute die Sache günstiger? Wir möchten den sehen, der dies behaupten will. Die preussischen Truppen stehen nicht in verchiedenen Ländern Deutschlands als herrsche Herrten und Oesterreich ist heute ohne Zweifel stärker und mächtiger als damals und hat außerdem, um seinem Widerstand gegen Preußen einen sicheren Halt zu geben, durch die Politik unserer Regierung eine feste Position in Norddeutschland erhalten, welche es, wie wir schon erfahren haben, trefflich zu benutzen weiß.

So stehen also die Dinge heut schlechter als vor hiezigem Jahren, und was berechtigt nun jene Herren, welche uns angeßlichem Patriotismus nach Krieg schreien, dazu, auf einen günstigeren Ausgang zu hoffen? Ist die Lage vielleicht heute dadurch günstiger, daß die jetzige preussische Regierung eine besondere Kraft aus dem Volke schöpft, mit dem sie sich eins weiß, und wandelt sie eine Bahn, welche dem ganzen Entwicklungs gange der preussischen Monarchie entspricht? Trägt sie die Fahne der religiösen und bürgerlichen Freiheit des deutschen Volkes voran?

Man beantworte uns diese Fragen mit einem offenen und ehrlichen Ja, und wir wollen glauben, daß es patriotisch ist, für einen Krieg zu schwärmen, den die jetzige Regierung zu Gunsten einer deutschen Bundesreform unternimmt.

Und wenn der Krieg so glücklich geführt wird, wie nur immer möglich, was doch nur denkbar ist, wenn Frankreich zu uns steht oder wenigstens neutral bleibt, werden wir die Früchte des Sieges dann genießen können? Werden wir nicht voransichtlich nach einem glücklichen gegen Oesterreich geführten Kriege zu Frankreich in eine ähnliche Lage wie jetzt zu Oesterreich kommen? Soll Frankreich dann von uns die Rheinprovinz ganz oder theilweise verlangen, wie jetzt Oesterreich ein Stück Schlesiens von uns verlangt? Welche Vortheile können wir aber überhaupt Frankreich bieten, wenn wir daran denken, unseren etwaigen Sieg gegen Oesterreich ausbeuten zu wollen?

Daß Preußen für irgend eine neue Gestaltung in Deutschland, selbst wenn sie ihm einen großen Machtzuwachs bringt, daran denken könnte, deutsches Gebiet an Frankreich abzutreten, halten wir für eine Verleumdung, und zwar ebenso sehr für eine Verleumdung gegen den Verstand unserer Regierung als gegen ihren deutschen Patriotismus. Die Nation würde einen solchen Handel nie vergeben und die Dynastie würde dadurch einen unerblickbaren Schaden erleiden. Wir sehen also keinen guten Erfolg von solchem Kriege voraus.

Was aber sollen wir nun von dem Patriotismus dieser denken, welche trotzdem den Krieg verlangen? Wir denken, die Antwort hierauf ist leicht, und sie zeigt, daß diejenigen, welche jetzt von einem Krieg abtrathen, wahrlich nicht des Mangels an Patriotismus geziehen werden können.